

26.01.2006

# Gesetzentwurf

- Auszug -

der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Das Haushaltsgesetz 2006 und das Haushaltsbegleitgesetz 2006 werden zum Haushaltsstrukturgesetz 2006 zusammengefasst. Dieses Gesetz gliedert sich wie folgt:

## Haushaltsstrukturgesetz 2006

- |           |                                     |
|-----------|-------------------------------------|
| Artikel 1 | Haushaltsgesetz 2006                |
| Artikel 2 | Haushaltsbegleitgesetz 2006         |
| Artikel 3 | In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten |

Im Haushaltsbegleitgesetz 2006 sollen insgesamt 11 Gesetze und Verordnungen geändert werden, die haushaltswirksam sind.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf die Erstellung eines einheitlichen Gesetzesvorblattes für das Haushaltsbegleitgesetz verzichtet; stattdessen werden einzelne Gesetzesvorblätter in folgender Reihenfolge verwendet:

Datum des Originals: 25.01.2006/Ausgegeben: 07.02.2006

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Ordnungs-  
nummer im  
SGV**Artikel 1    Haushaltsgesetz 2006****Artikel 2    Haushaltsbegleitgesetz 2006**

(1) Sonderzahlungsgesetz – NRW –	20320
(2) Krankenhausgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen	2128
(3) Finanzierungsverordnung MRV	2128
(4) Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder	216
(5) Kinder- und Jugendförderungsgesetz	216
(6) Wohnungsbauförderungsgesetz	237
(7) Verordnung über den Anteil der Spielbankgemeinden an der Spielbankabgabe	7126
(8) Landesforstgesetz	790
(9) Kostensatzverordnung Personenbeförderungsgesetz	92
(10) Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen	93
(11) Kostensatzverordnung Allgemeines Eisenbahngesetz	93

Im Anschluss an die einzelnen Gesetzesvorblätter werden der Gesetzestext des Haushaltsstrukturgesetzes und die Gesetzesbegründung abgedruckt.

(4)

**Gesetzesvorblatt zum**  
**Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder**

**A Problem**

Das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder lässt auf Grund der lediglich bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Regelungen des § 18b GTK keine weitere Erwirtschaftung von Einsparungen im System der Tageseinrichtungen zu, die einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes leisten.

**B Lösung**

Der § 18b GTK wird für das Haushaltsjahr 2006 in der für das Jahr 2005 geltenden Fassung fortgeschrieben. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe erhält die Möglichkeit, eigenverantwortlich Elternbeiträge für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder zu erheben. Die Beteiligung des Landes am Ausgleich nicht eingenommener Elternbeiträge wird aufgegeben.

Ab 1. August 2007 ist eine Umstellung des Finanzierungssystems der Kindertageseinrichtungen auf Fallpauschalen geplant.

**C Alternativen**

Keine.

**D Kosten**

Keine.

**E Zuständigkeit**

Zuständig ist das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Beteiligt ist das Finanzministerium.

**F Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände**

Der § 18b GTK wird für das Haushaltsjahr 2006 in der für das Jahr 2005 geltenden Fassung fortgeschrieben. Dadurch stehen den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe Sachkostenpauschalen in derselben Höhe wie im Jahr 2005 zur Verfügung. Zugleich entfallen Mehrausgaben für den Landeshaushalt in Höhe von rd. 72,1 Mio. EUR.

Nach den Daten, die der Haushaltsaufstellung 2006 zu Grunde liegen, würde sich das Land am Ausgleich nicht eingenommener Elternbeiträge ohne Neuregelung mit einem Betrag von voraussichtlich rund 84,6 Mio. EUR beteiligen. Da die Neuregelung zum 1. Juli 2006 in Kraft treten soll, werden die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Jahr 2006 eine Kür-

zung der Landeszuschüsse um rund 42,3 Mio. EUR und ab dem Jahr 2007 eine Kürzung um den vollen Betrag hinzunehmen haben.

#### **G      Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte**

Auf Unternehmen hat die Lösung keine finanziellen Auswirkungen. Durch die Aufgabe der Beteiligung des Landes am Ausgleich nicht eingenommener Elternbeiträge kann es in der Verantwortung des örtlichen Jugendhilfeträgers zu Elternbeitragserhöhungen kommen.

#### **H      Befristung**

Die vorgesehenen Regelungen bleiben bis zum In-Kraft-Treten eines geänderten Gesetzes bestehen.

resdurchschnittlichen Patientenzahl  
(§ 2 Abs. 9) errechnet.

„sowie einem von der zuständigen Behörde festgesetzten Investitionszuschlag, der an das Land abzuführen ist“.

**§ 4**  
**Gesetz über Tageseinrichtungen  
für Kinder**

Das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder vom 29. Oktober 1991 (GV. NW. S. 380), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), wird wie folgt geändert:

1. § 17 erhält folgende Fassung:

„(1) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe kann Elternbeiträge pro Kind erheben. Zu diesem Zweck teilt der Träger dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Namen, Anschriften, Geburtsdaten sowie die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder sowie die entsprechenden Angaben der Eltern unverzüglich mit.

(2) Der Träger kann ein Entgelt für das Mittagessen verlangen.

**§ 4**  
**Gesetz über Tageseinrichtungen  
für Kinder**

**§ 17**  
**Elternbeiträge**

(1) Die Eltern haben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich öffentlich-rechtliche Beiträge zu den Jahresbetriebskosten zu entrichten. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern. Wird bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommenssteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, treten die Personen, die diese Leistung erhalten, an die Stelle der Eltern. Beitragszeitraum ist das Kindergartenjahr; dieses entspricht dem Schuljahr. Die Beitragspflicht wird durch Schließungszeiten der Einrichtung nicht berührt. Für die regelmäßige Betreuung eines Kindes im Kindergarten über Mittag (zwischen 12.30 Uhr und 14.00 Uhr) ist ein zusätzlicher Beitrag zu zahlen. Der Träger kann von den Eltern ein Entgelt für das Mittagessen verlangen.

(2) Besuchen mehr als ein Kind einer Familie oder von Personen, die nach Absatz 1 an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig eine Tageseinrich-

(3) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat eine soziale Staffelung der Elternbeiträge vorzusehen. Er kann ermäßigte Beiträge für Geschwisterkinder vorsehen. Dies gilt auch für Kinder, deren Geschwister eine Ganztagschule besuchen. Auf Antrag soll er die Elternbeiträge ganz oder teilweise erlassen, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist (§ 90 Abs. 3 SGB VIII).

(4) Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe können die Aufgaben nach den Absätzen 1 und 3 auf die Gemeinden in ihrem Bezirk übertragen.“

tung, so entfallen die Beiträge für das zweite und jedes weitere Kind. Ergeben sich ohne die Beitragsbefreiung nach Satz 1 unterschiedlich hohe Beiträge, so ist der höchste Beitrag zu zahlen. Auf Antrag sollen die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist (§ 90 Abs. 3 SGB VIII).

(3) Die Höhe der Elternbeiträge ergibt sich aus der Anlage zu diesem Gesetz. Im Fall des Absatzes 1 Satz 3 ist ein Elternbeitrag zu zahlen, der sich nach der Elternbeitragsstaffel für die zweite Einkommensgruppe ergibt, es sei denn, nach Satz 1 ergibt sich ein niedrigerer Beitrag. Bei der Aufnahme und danach auf Verlangen haben die Eltern dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe schriftlich anzugeben und nachzuweisen, welche Einkommensgruppe gemäß der Anlage nach Satz 1 ihren Elternbeiträgen zugrunde zu legen ist. Ohne Angaben zur Einkommenshöhe oder ohne den geforderten Nachweis ist der höchste Elternbeitrag zu leisten. (Anlage)

(4) Einkommen im Sinne dieser Vorschrift ist die Summe der positiven Einkünfte der Eltern im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammenveranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen im Sinne des Satzes 1 sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen. Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften und das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz sind nicht hinzuzurechnen. Bezieht ein Elternteil Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung eines Man-

dats und steht ihm aufgrund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v.H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen. Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommenssteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen abzuziehen.

- 2. Die Anlage zu § 17 Absatz 3 wird aufgehoben.

**Anlage \*)**

Jahreseinkommen	Elternbeiträge			
	Kindergarten	Kindergarten über Mittag zusätzlich	Kinder unter drei Jahren	Hort
Bis 12271 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Bis 24542 Euro	26,08 Euro	15,85 Euro	68,00 Euro	26,08 Euro
Bis 36813 Euro	44,48 Euro	26,08 Euro	141,12 Euro	57,78 Euro
Bis 49084 Euro	73,11 Euro	41,93 Euro	208,61 Euro	83,85 Euro
Bis 61355 Euro	115,04 Euro	62,89 Euro	276,61 Euro	115,04 Euro
Über 61355 Euro	151,34 Euro	83,85 Euro	312,91 Euro	151,34 Euro

\*) Anlage geändert durch Artikel 42 d. EuroAnpG NRW v. 25.9.2001 (GV. NRW S. 708); in Kraft getreten am 1. Januar 2002.

## § 18 Aufbringung der Betriebskosten

### 3. § 18 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das Land gewährt dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen Zuschuss in Höhe von 30,5 vom Hundert der Betriebskosten der Einrichtungen seines Bezirkes.“

(3) Das Land gewährt dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen Zuschuß zu den Betriebskosten der Einrichtungen seines Bezirks. Die Höhe des Zuschusses errechnet sich wie folgt: Von den Betriebskosten werden die Elternbeiträge sowie der von den Trägern der Einrichtungen nach Absatz 2 zu tragende Eigenanteil abgezogen; der sich danach ergebende Betrag wird durch die Zahl 2 geteilt. Elternbeiträge sind die zu entrichtenden Beiträge; ganz oder teilweise vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe erlassene Elternbeiträge sind hinzuzurechnen.

### 4. § 18b erhält folgende Fassung:

„(1) § 18 Abs. 3 gilt mit der Maßgabe, dass sich der Landeszuschuss im Jahr 2006 um 2.838 Euro für jede im Bezirk des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe vorgehaltene Gruppe in den nach diesem Gesetz geförderten Tageseinrichtungen für Kinder, die im Eigentum des Trägers steht oder er Erbbauberechtigter ist oder wirtschaftlich dem Eigentümer gleichgestellt ist, verringert. Für alle anderen in den nach diesem Gesetz geförderten Tageseinrichtungen vorgehaltenen Gruppen verringert sich der Landeszuschuss im Jahr 2006 um 2.238 Euro. Der Träger der örtlichen Jugendhilfe kürzt den nach den Regelungen dieses Gesetzes und der nach diesem Gesetz ergangenen Verordnungen errechneten Zuschuss zu den Betriebskosten an den Träger der Einrichtung für jede in der Einrichtung vorgehaltene Gruppe um die in den Sätzen 1 und 2 genannten Beträge.“

## § 18b Haushaltskonsolidierungsbeitrag

(1) § 18 Abs. 3 gilt mit der Maßgabe, dass sich der Landeszuschuss im Jahr 2004 um 1.916 Euro und im Jahr 2005 um 2.838 Euro für jede im Bezirk des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe vorgehaltene Gruppe in den nach diesem Gesetz geförderten Tageseinrichtungen für Kinder, die im Eigentum des Trägers steht oder er Erbbauberechtigter ist oder wirtschaftlich dem Eigentümer gleichgestellt ist, verringert. Für alle anderen in den nach diesem Gesetz geförderten Tageseinrichtungen vorgehaltenen Gruppen verringert sich der Landeszuschuss im Jahr 2004 um 1.516 Euro und im Jahr 2005 um 2.238 Euro. Der Träger der örtlichen Jugendhilfe kürzt den nach den Regelungen dieses Gesetzes und der nach diesem Gesetz ergangenen Verordnungen errechneten Zuschuss zu den Betriebskosten an den Träger der Einrichtung für jede in der Einrichtung vorgehaltene Gruppe um die in den Sätzen 1 und 2 für das jeweilige Jahr

genannten Beträge.

(2) Abweichend zu § 2 Abs. 4 der Verordnung zur Regelung der Gruppenstärken und über die Betriebskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Betriebskostenverordnung – BKVO) können die Träger der Tageseinrichtungen für Kinder im Jahr 2006 die Sachkostenpauschalen und gegebenenfalls vorhandene Rücklagen unabhängig von der Qualifizierung als Grund- oder Erhaltungspauschale zur Deckung der Sachkosten einsetzen. Im Jahr 2006 können die Rücklagen auch für mehrere Tageseinrichtungen desselben Trägers, die dieser zum Zeitpunkt des Inkraft-Tretens dieses Gesetzes im Gebiet des Kreises (§ 1 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen) betreibt, zusammengefasst werden; dieses gilt auch für den Fall, dass die Tageseinrichtungen von mehreren, demselben Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege angehörenden Trägern betrieben werden.“

(2) Abweichend zu § 2 Abs. 4 der Verordnung zur Regelung der Gruppenstärken und über die Betriebskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Betriebskostenverordnung – BKVO) können die Träger der Tageseinrichtungen für Kinder in den Jahren 2004 und 2005 die Sachkostenpauschalen und gegebenenfalls vorhandene Rücklagen unabhängig von der Qualifizierung als Grund- oder Erhaltungspauschale zur Deckung der Sachkosten einsetzen. In den Jahren 2004 und 2005 können die Rücklagen auch für mehrere Tageseinrichtungen desselben Trägers, die dieser zum Zeitpunkt des Inkraft-Tretens dieses Gesetzes im Gebiet des Kreises (§ 1 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen) betreibt, zusammengefasst werden; dieses gilt auch für den Fall, dass die Tageseinrichtungen von mehreren, demselben Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege angehörenden Trägern betrieben werden.

## § 26

### Durchführungsvorschriften

5. Die §§ 26 Absatz 1 Nr. 3 und 27 werden aufgehoben.

(1) Die Oberste Landesjugendbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu Nummer 1 Buchstabe a nach Zustimmung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie und zu Nummer 1 Buchstaben b und c sowie den Nummern 2 und 3 nach Zustimmung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie und des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags

3. die Höhe und die Staffelung der Elternbeiträge derart anzupassen, daß ein angemessener Teil der Gesamtbetriebskosten durch Elternbeiträge gedeckt wird, und zu regeln, daß die Elternbeiträge für Angebote nach § 2, deren festgelegte Betreuungszeit die Regelöffnungsdauer wesentlich unterschrei-

tet und die im Rahmen von Nachmittagsbetreuung zur Überbrückung fehlender Kindergartenplätze mit Regelöffnungsdauer durchgeführt werden, niedriger festgesetzt werden.

**§ 27**

**Bußgeldvorschriften**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer die in § 17 Abs. 3 bezeichneten Angaben unrichtig oder unvollständig macht. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5 000 Euro geahndet werden.

(2) Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung wird den örtlichen Ordnungsbehörden übertragen.

**§ 5**

**Kinder- und Jugendförderungsgesetz**

**Drittes Gesetz  
zur Ausführung des Kinder- und  
Jugendhilfegesetzes;  
Gesetz  
zur Förderung der Jugendarbeit,  
der Jugendsozialarbeit  
und des erzieherischen Kinder- und  
Jugendschutzes  
- Kinder- und Jugendförderungs-  
gesetz -  
(3. AG-KJHG - KJFÖG)**

In § 16 Absatz 1 Satz 2 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes vom 12. Oktober 2004 (GV. NRW. S. 572) wird die Zahl „96 Mio.“ durch die Zahl „75.070.500“ ersetzt.

(1) Das Ministerium fördert die Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz auf der Grundlage des Kinder- und Jugendförderplans nach Maßgabe des Haushalts. Jährlich sind hierfür Mittel in Höhe von 96 Mio. Euro, zunächst befristet bis zum 31.12.2010, bereit zu stellen.